

Antrag

der Abgeordneten Vosen, Vahlberg, Fischer (Homburg), Bernrath, Bulmahn, Catenhusen, Ganseforth, Grunenberg, Lohmann (Witten), Nagel, Seidenthal, Dr. Skarpelis-Sperk, Stahl (Kempen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Informationstechnik 2000

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert den Bundesminister für Forschung und Technologie auf, vor der von der Bundesregierung in Aussicht genommenen Beschlußfassung über ein neues Programm „Informationstechnik 2000“

1. das Regierungsprogramm Informationstechnik 1984 bis 1988 eingehend und umfassend zu evaluieren; hierzu gehören die Bewertung der Zielerreichung und der Zweck-Mittel-Relation, die Aufschlüsselung der Fördermittel auf Großkonzerne einerseits und kleine und mittlere Unternehmen andererseits, die Analyse und die Perspektiven hinsichtlich der internationalen Wettbewerbslage und die Rolle der Informationstechnik für die Gesellschaft, wobei durch eine umfassende Technikfolgenabschätzung auf mögliche soziale Risiken besonders einzugehen ist;
2. die von der deutschen Industrie vorgelegten vier Basispapiere
 - Informationsverarbeitung,
 - Kommunikationstechnik/Unterhaltungselektronik,
 - Mikroelektronik,
 - Industrieelektronik (Mikroperipherik)mit den Gewerkschaften, weiteren gesellschaftlichen Gruppen und den Sozialwissenschaften zu beraten;
3. ausführliche Stellungnahmen der Gewerkschaften, weiterer gesellschaftlicher Gruppen und der Sozialwissenschaften über die gesellschaftlichen Auswirkungen eines weiteren Fortschreitens der Informationstechnik einzuholen und
4. dem Ausschuß für Forschung und Technologie über diese Schritte zu berichten und dabei
 - die Abstimmung des geplanten Programms mit den sozial-, datenschutz-, umweltschutz- und verbraucherschutzrechtlichen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland,

- die Einbindung des geplanten Programms „Informationstechnik 2000“ in die europäischen Programme ESPRIT, RACE und BRITE,
 - die Vereinbarkeit mit der im Grünbuch der EG-Kommission über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikations-Geräte angestrebten europäischen Strategie der Vereinheitlichung der nationalen ordnungspolitischen Regelungen,
 - die Abstimmung mit entsprechenden EUREKA-Vorhaben,
 - die Einbindung des geplanten Programms in Qualifizierungsstrategien für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie
 - die Koordinierung mit den Bundesländern, z. B. für das Bildungs- und Weiterbildungssystem und die Gesundheitsversorgung,
- darzulegen.

Bonn, den 28. Juni 1988

Vosen

Vahlberg

Fischer (Homburg)

Bernrath

Bulmahn

Catenhusen

Ganseforth

Grunenberg

Lohmann (Witten)

Nagel

Seidenthal

Dr. Skarpelis-Sperk

Stahl (Kempen)

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Weiterentwicklung der Informationstechnik notwendig ist.

Es besteht allerdings die Gefahr, daß die Bundesregierung auf dem Wege zu einer informatisierten Gesellschaft allein auf Hochtechnologie setzt, ohne dabei ein Handlungskonzept dafür zu haben, wie die Folgen dieser Entwicklung mit einer lebenswerten Zukunft für die Gesellschaft in Einklang zu bringen sind.

Schon 1984 hat der BMFT die Gewerkschaften nicht an dem jetzt auslaufenden Informationstechnikprogramm beteiligt. Der Ausschuß für Forschung und Technologie mußte den Bundesminister für Forschung und Technologie schon während der Laufzeit dieses Programmes dazu veranlassen, dem Ausschuß für Forschung und Technologie über die sozialen Konsequenzen der Informationstechnik zu berichten.

Bis heute sind die Gewerkschaften nicht an der Fortentwicklung des Programms „Informationstechnik 2000“ beteiligt worden, obwohl die den Programmabsichten zugrundeliegenden vier Basisberichte der Industrie schon über ein halbes Jahr vorliegen.

Auch die Umweltverbände und die Kirchen sowie andere gesellschaftliche Gruppen und die Sozialwissenschaften sind für ein gesellschaftlich relevantes Regierungsprogramm unverzichtbare Beratungspartner.

Ein Programmentwurf „Informationstechnik 2000“, der einseitig die Sicht der deutschen Wirtschaft berücksichtigen würde, könnte die Zustimmung des Deutschen Bundestages nicht finden.

